



3. März 2020

Was wir heute tun können, damit das Zusammenleben von morgen gelingt.

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten vom 3./4. März 2020

Geschätztes Co-Präsidium der KID
Geschätzte kommunale und kantonale Integrationsdelegierte
Geschätzte Mitarbeitende des SEM und der KdK
Liebe Gäste

Schön sind Sie da; hier in der schönen Limmatstadt Zürich!

Letztes Mal durfte ich Sie in Winterthur, dem zweiten urbanen Zentrum im Kanton begrüßen. Dieses Mal begegnen wir uns in der Hauptstadt meines Wirkungsbereichs: Im Namen des Zürcher Regierungsrats also: herzlich willkommen zur Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten in Zürich.

Chers et chères délégué-e-s à l'intégration. Je vous souhaite la bienvenue à la Conférence Suisse des délégué-e-s à l'Intégration.

Gentili delegati all'integrazione. Benvenuti alla Conferenza Svizzera dei delegati all'integrazione.

Immer mehr Menschen wollen im Kanton Zürich und insbesondere auch in der Stadt Zürich leben und arbeiten: Die 1.5 Millionen-Marke haben wir im Kanton bereits überschritten. In der Stadt Zürich sind es mittlerweile 445'000 Einwohnerinnen und Einwohner, mit einem Ausländerinnen- und Ausländeranteil von 32,3 Prozent.

Die Stadt wächst, überall sieht man Kräne in den Himmel ragen, nicht nur in den Ausenbezirken.

Wir befinden uns hier in einem Teil der Stadt, der sich in den letzten Jahren rasant verändert hat. Zwischen der Bahnhofstrasse und der Langstrasse ist ein neues Quartier entstanden. Allein in der Europaallee sind 8'000 Arbeitsplätze, 4'800 Ausbildungsplätze an verschiedenen Bildungsinstitutionen und 500 Wohnungen entstanden. Verschiedene Kulturinstitutionen, über 50 Restaurants und Ausgangslokalitäten haben sich hier neu angesiedelt.

Hier treffen, wie vielerorts, Lebensbereiche zusammen, in denen die Teilhabemöglichkeiten und -chancen nicht für alle gleichberechtigt gegeben sind.

Deshalb ist Integrationsförderung als Querschnittsaufgabe hoch relevant.



Wenn Integrationsfragen in urban geprägten Gesellschaften diskutiert werden, wird oft einleitend festgestellt, dass es die Unterschiede in der Bevölkerungszusammensetzung sind, die Städte zu Städten machen.

Aus Sicht der Stadtentwicklung und aus gesellschaftspolitischer Sicht stellt sich die Frage: Welche Eigenschaften zeichnen eine „gute“ zeitgenössische Stadt aus?

Unter den möglichen Antworten rangieren soziale, aber auch funktionale Heterogenität und Diversität sehr weit oben. Urbane Stadtquartiere sind gemischte Stadtquartiere, keine Enklaven der Besserverdienenden oder Ghettos der sozial Benachteiligten.

Wenn wir betonen, wie bedeutend die Durchmischung ist, geht dies einher mit der Vorstellung eines stadträumlichen Ausdrucks von Gerechtigkeit.

Doch die Realität ist widersprüchlich.

In vielen Städten sind Tendenzen zu beobachten, die entlang sozialer Kategorien Ein- und Ausschlussmechanismen fördern: Gentrifizierungsdiskurse gewinnen an Intensität, das produzierende Gewerbe, aber auch die Familien mit "normalen" Einkommen verlassen die Stadt.

Gleichzeitig bringt die neue Stadtlust ständig innovative Experimente und Projekte hervor, die auch Durchmischungsimpulse setzen und Vielfalt neu interpretieren.

Die Widersprüche sehen wir auch, wenn wir hier quasi aus dem Fenster schauen.

Die Europaallee selber ist in Bezug auf die soziale Durchmischung und den Zugang zu Wohnraum kein gelungenes Beispiel.

Viel zu teuer sind hier die Wohnungen. Partizipative Ansätze zur Quartierentwicklung waren nicht angedacht. (Nach der Tagung heute werden sie in der Führung durch die Europaallee mehr darüber erfahren, inwiefern es allenfalls sonst gelungen ist, Impulse zu setzen für gelebte Vielfalt.)

Die private Genossenschaft Kalkbreite hingegen, die vis à vis der Europaallee aktuell 50 Wohnungen baut, ist ein interessantes gegenteiliges Beispiel.

Sonst zu Benachteiligung führende Diskriminierungsmerkmale werden dort für einmal zum Vorteil – eine positive Diskriminierung, wenn Sie so wollen. Menschen mit verschiedenen Lebensentwürfen und Lebensbedingungen erhalten Zugang zu diesem Wohnraum. Wie? Indem deren Zusammensetzung strikt vorgegeben ist:

- 33 Prozent Ausländerinnen und Ausländer, möglichst so, dass dies auch sichtbar und hörbar ist (inklusive Flüchtlinge)
- 30 Prozent Menschen mit einem tiefen Erwerbseinkommen
- 5 Prozent Erwerbslose
- 15 Prozent über 65 Jahren und 13 Prozent unter 16 Jahren
- 5 Prozent Einelternhaushalte
- 5 Prozent Behinderte
- 5 Prozent lesbische und schwule Paare



Quoten als Gleichstellungsinstrument? Ein stark umstrittenes Vorgehen in der Schweiz. Aber zumindest eine spannende neue Herangehensweise bezüglich Gestaltung von Wohnraum, Zusammenleben und gelebter Vielfalt, die es genauer zu beobachten gilt.

Geschätzte Anwesende,

ich bin überzeugt, dass wir die Frage, wie wir Menschen an der Gestaltung unseres Lebens, unserer Gesellschaft, unserer Zukunft teilhaben lassen können, ins Zentrum stellen müssen. Wie schaffen wir es, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft eine Stimme bekommen? Wie ermöglichen wir als Staat echte Teilhabe?

Es braucht einerseits ein vorbeugendes und andererseits ein kooperatives und moderierendes staatliches Handeln.

Der Kanton Zürich will in diesem Bereich vorwärts machen. Der Regierungsrat hat sich deshalb in seinen Legislatorschwerpunkten zum Ziel gesetzt, die Teilhabe zu stärken und der Diskriminierung entgegenwirken.

Diese zwei zentralen Themenbereiche zusammenzudenken, war ein bewusster und wichtiger politischer Entscheid. Denn das eine kann und sollte nicht ohne das andere gedacht und umgesetzt werden.

Was heisst das konkret?

Wir möchten damit nicht *für* die Menschen, sondern *mit* den Menschen Politik machen. Wir möchten das Engagement verschiedener politischer, sozialer oder religiöser Organisationen stärken. Wir möchten Benachteiligungen sichtbar machen und diese wo möglich beseitigen. Wir möchten diskriminierten Personen und Benachteiligten Unterstützung bieten und sie stärken. Wir wollen Zugänge zu Bildung, Kultur, Kunst und Politik öffnen, die Vielfalt auch ins Recht fassen – Stichwort Ehe für alle. Stichwort Anerkennung der gesellschaftlichen Leistungen weiterer Religionsgemeinschaften. Und nicht zuletzt möchten wir unsere Stimm- und Wahlrechte ausbauen.

Ich spreche hier zum Beispiel vom Stimm- und Wahlrecht für Personen ohne Schweizer Pass.

In den Städten des Zürcher Glatt- oder Limmattals haben rund 45 Prozent der Menschen keinen Schweizerpass. Wenn man sich dort die tatsächliche Stimmbeteiligung ansieht, haben im letzten Frühling, zum Beispiel in Opfikon, gerade mal 9,1 Prozent darüber entschieden, wer in der Regierung sitzt und wie der Kantonsrat zusammengesetzt ist.

Migrantinnen und Migranten sollen – um einer inklusiven Gesellschaft gerecht zu werden – endlich auch in der Politik gehört werden und dort vertreten sein. Das stärkt nicht zuletzt unsere Demokratie als Ganzes.

Und, wie immer, müssen wir auch bei uns selber genauer hinschauen: Auch wir in der Institution Verwaltung müssen uns öffnen.

Stichwort Chancengleichheit bei Anstellungen und Beförderungen. Stichwort Diversität und Vielfalt.



In meiner Direktion arbeiten wir mit Hochdruck daran, unsere HR-Strategie zu überarbeiten, um als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben. Wir wollen ein Spiegel der Gesellschaft sein – und noch viel bunter und diverser werden. Wir wollen der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter einen grossen Schritt näherkommen. Eine Massnahme ist beispielsweise die Einführung eines anonymisierten Online-Bewerbungstools.

Geschätzte Anwesende,

ich habe es bereits gesagt: Teilhabe und Schutz vor Diskriminierung gehen Hand in Hand.

Im Kanton Zürich wird im Rahmen des KIP 2 und nun auch mit dem neuen Legislaturziel ein Schwerpunkt auf die Bekämpfung rassistischer Diskriminierung gelegt.

Die Unterstützung von Direktbetroffenen in Form von Beratung hat sich dadurch im Kanton verbessert. Gerade kürzlich haben wir zusammen mit der Stadt Zürich die neue Anlaufstelle gegen Rassismus ZÜRAS gegründet.

Aber Sie wissen es auch aus Ihrer täglichen Erfahrung: Es ist nicht immer einfach, Rassismus klar zu benennen.

Auch deshalb müssen wir Rassismus und die gesellschaftlichen Folgen davon immer wieder auf die Agenda setzen.

Das Thema wird schnell mal an den Rand gedrängt und durch vermeintlich brennendere Fragen wie die Pflicht, die lokale Sprache zu erlernen, verdrängt. Schon öfter habe ich gehört, dass rassistische Diskriminierung doch kein Thema mehr sei, wenn eine Person erst einmal die lokale Sprache spreche. Was für ein Irrtum!

Klar: Das Erlernen der lokalen Sprache ist sowohl ein wichtiges Element, um sich gesellschaftlich zu positionieren als auch eine verpflichtende Integrationsanforderung. Aber auch wir – die Verwaltung und die Gesellschaft – haben Pflichten. Eine davon ist die konsequente Verfolgung von Rassismus!

Wie hat es Max Frisch schon vor 50 Jahren so schön geschrieben: "Man ist kein Rassist; es ist schliesslich eine Tradition, dass man nicht rassistisch ist".

Aber dort, wo gesagt wird: "Bei uns gibt es keinen Rassismus," ist Vorsicht geboten. Oh doch, es gibt ihn. Bleiben wir wachsam, halten wir uns immer wieder den Spiegel vor.

Geben wir uns Mühe, hier weiterzukommen – Stichwort struktureller Rassismus, Stichwort Öffnung der Institutionen.

Geschätzte Anwesende,

Viele von Ihnen hier im Saal sind auch für die Integration von Geflüchteten zuständig. Eines der Ziele der Integrationsförderung ist, dass besonders vulnerable Gruppe der Migrationsbevölkerung erreicht werden, nämlich sozioökonomisch benachteiligte Personen.

Die Integration von geflüchteten Personen, die aufgrund ihrer Flucht soziale und finanzielle Ressourcen verloren haben, gehören zum grossen Teil zu dieser Gruppe. Umso



wichtiger war der (einstimmige) politische Entscheid, die Integration von Geflüchteten verbindlicher, individueller und intensiver zu fördern.

Sie, geschätzte Damen und Herren, sind es, die mit ihrer Arbeit mithelfen, Geflüchteten die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

Ebenso wichtig ist es, dass Sie sich heute dem Themenschwerpunkt "Entwicklungen in der Sozialhilfe im Migrationskontext" widmen.

Sie diskutieren Themenfelder, die eine an Teilhabe orientierte Politik stark gefährden können. Mit der Kürzung der materiellen Grundsicherung werden Teilhabe- und gar Schutzmöglichkeiten für die Verletzlichsten unserer Gesellschaft eingeschränkt.

Das ist grund- und menschenrechtlich allermindestens bedenklich. Damit wird weiteren möglichen Diskriminierungen Vorschub geleistet. Treten wir diesen Vorlagen entschieden entgegen!

Liebe Integrationsdelegierte

Wie sagt man so schön: Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen. Aber etwas können wir dennoch vermuten. Die Gesellschaft wird nicht weniger bunt, sondern bunter, sprich vielfältiger werden. Deshalb tun wir gut daran, möglichst alle in die Politikgestaltung mit einzubeziehen.

Und wir tun gut daran, von Zeit zu Zeit einen offenen Blick nach vorne zu werfen und uns, losgelöst von aktuellen Brennpunkten und von kurzfristigen politischen Positionierungen, zu fragen, was wir heute tun können, damit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft von morgen möglichst gut gelingt.

Chers et chères délégué-e-s à l'intégration

En ce sens, je vous souhaite une conférence constructive et je vous remercie de votre engagement infatigable en faveur d'une politique (suisse) d'intégration fondée sur les droits fondamentaux et droits humains. Merci beaucoup!

Gentili delegati all'integrazione

Con l'augurio che il convegno nel quale parteciperete sia costruttivo, ringrazio tutti voi per l'impegno e la passione che mettete al portare avanti gli obiettivi della politica svizzera in materia d'integrazione basata sui diritti fondamentali ed umani. Un caloroso grazie a tutti voi!

Sehr geehrte Damen und Herren: Ich wünsche Ihnen eine konstruktive Tagung und bedanke mich herzlich für Ihr unermüdliches Engagement für eine grund- und menschenrechtsbasierte Integrationspolitik in der Schweiz. Vielen Dank!